



Dringliche Interpellation

betreffend **Staatsvertrag, Pistenausbau und Brüttemer Tunnel**

eingereicht von: Michael Zeugin namens der glp/PP Fraktion, Christoph Baumann namens der SP Fraktion, David Schneider namens der FDP Fraktion, Jürg Altwegg namens der Grüne/AL Fraktion, Liliane Banholzer namens der EVP, Marcel Stutz SD

am: 17.09.2012

Geschäftsnummer: 2012/093

Text und Begründung

Bis Ende Jahr wird ein Vorentscheid für die künftige Lastenverteilung des Flughafens Zürich beschlossen (NZZ vom 14.9.2012). Obwohl der Staatsvertrag nicht explizit einen Pistenausbau vorsieht, werden Staatsvertrag und Pistenausbau stets in einem Atemzug genannt. Es kann und muss davon ausgegangen werden, dass von den zuständigen Stellen zusammen mit dem Staatsvertrag auch ein Ausbau der Piste 28 geplant wird. Dieser Ausbau ebnet einer übermässigen Fluglärmbelastung des Ostens den Weg. Im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag wird stets davon gesprochen, dass der Osten und der Nordwesten (gekröpfter Nordanflug) einen überproportional grossen Anteil der künftigen Lasten übernehmen müssten. Für die Verteilung im Kanton Zürich plant Regierungsrat Ernst Stocker diese Woche erste konsultative Gespräche mit Bezirksvertretern. Zudem bietet seit letzter Woche eine Kantonsratsfraktion leichtfertig Hand für einen „Kuhhandel“: Ja zum Pistenausbau, wenn dafür der Brüttemer Tunnel „subito“ gebaut wird. Sprich: Winterthur und die Region Ost soll mehr Lärm schlucken, wenn dafür der Brüttemer Tunnel als Gegengeschäft realisiert wird. Dies ist eine unzulässige Verknüpfung. Beim Brüttemer Tunnel handelt es sich um ein zentrales Ausbauprojekt der Bahninfrastruktur, das eines der dringlichsten Flaschenhälse im schweizerischen Bahnnetz beheben soll. Wiederholt haben sich der Kanton Zürich und die Ostschweiz eindeutig hinter dieses Projekt gestellt, das nach der Ablehnung des Gleisbaus via Effretikon an Wichtigkeit gewonnen hat. Der Zeithorizont zur Realisierung ist in den Jahren 20xx bis 20xx anzusetzen. Demgegenüber handelt es sich beim Pistenausbau um ein kurz- bis mittelfristiges Projekt, das Winterthurer Interessen widerspricht.

Aus aktuellem Anlass stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

- 1) Nimmt die Stadt Winterthur durch den Stadtrat oder durch andere politisch legitimierte Vertreter nächste Woche an diesem Treffen mit Herrn Stocker teil? Wer nimmt für die Stadt Winterthur teil?
- 2) Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass eine Verknüpfung von Brüttemer Tunnel gegen mehr Fluglärm unhaltbar ist? Wie setzt sich der Stadtrat dagegen zur Wehr?
- 3) Was ist die Position, welche der Stadtrat und/oder die Vertretung der Stadt Winterthur an diesem Treffen einnehmen?
- 4) Wie wird sichergestellt, dass im ganzen Prozess zum Pistenausbau die Interessen von Winterthur gewahrt bleiben? Wie möchte der Stadtrat sicherstellen, dass die Meinung des Parlaments und insbesondere der Bevölkerung in seine Position einfließen kann?